

# Im Prinzip ja, aber...

Der SYVICOL steht dem „Pacte logement 2.0“ im Allgemeinen positiv gegenüber

**LUXEMBURG** Die Covid-Krise hat drastische Veränderungen mit sich gebracht, merkte Emile Eicher, der Präsident des Städte und Gemeindebundes SYVICOL, bei der gestrigen Vorstandssitzung an, die wieder im großen Sitzungssaal des hauptstädtischen Rathauses stattfand. In der Krise habe man verstärkt auf eine Abstimmung der kurzen Wege zurückgreifen müssen, um schnell reagieren zu können.

Andererseits wurden geplante Informationsveranstaltungen des SYVICOL mit und für die Gemeinden quasi unmöglich gemacht. Im nächsten Jahr will man dann die Aufgaben

der Gemeinden genau definieren und allgemein vorstellen

Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung war die Stellungnahme des SYVICOL zum „Pacte logement 2.0“. Eicher wies darauf hin, dass sich die Ausrichtung des neuen Wohnungsbaupaktes deutlich vom „alten“ unterscheidet. Der erste Pakt, noch unter Fernand Boden (!) geboren, orientierte sich ausschließlich am Bevölkerungszuwachs, der neue am Ziel, preiswerten Wohnraum zu schaffen. Der Gesetzentwurf ist aber laut Eicher an einigen Stellen über „das Ziel hinausgeschossen.“ Lobenswert sei, dass man den Städ-

te- und Gemeindebund in die Vorbereitung des Paktes mit eingebunden habe, allerdings nicht bei der Frage wie sich „erschwinglicher Wohnraum“ definiert.

Man wundert sich beim SYVICOL aber, das einige Jahre verstreichen konnten bis man den „Pacte Logement 2.0“ angegangen ist – nun müsse alles unter Zeitdruck geschehen. Man könne die Ziele des Paktes nachvollziehen, doch wäre es auch sinnvoll neben dem „erschwinglichen Wohnraum“ auch die Mietzuschüsse mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Die Laufzeit der im Rahmen des Paktes abzuschließenden Konven-

tionen zwischen Kommunen und Staat von zehn Jahren sei zu lang, da sich die Ratsmehrheit ändern könne oder die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in eine andere Richtung gehen könne.

Außerdem sollten alle Konstrukte verhindert werden, die zu einer zeitlichen Verzögerung führen könnten. Etwa durch verschleppte Abstimmungen. Man sollte sich die, nun mögliche Gruppierung, von mehreren Gemeinden in einer gemeinsamen Wohnungsbaupakt-Konvention überlegen, lege sich nur ein Gemeinderat quer, seien alle anderen blockiert.